

Weißrussland

EU sieht Wahl als Schlüsselereignis

Transparente Parlamentswahlen in der „letzten Diktatur Europas“ könnten das Tor zum Westen weit aufstoßen.

VON STEFAN SCHOCHER MINSK

Es gibt Wahlen in Weißrussland – und keinen Schein es zu interessieren. Keine Wahlplakate, und das Staatsfernsehen übt sich in Routine zwischen TV-Shows und Reportagen über Unglücksfälle im Ausland – nur nicht in Weißrussland. Die Botschaft: Bei uns herrscht Stabilität.

Wahlen wird er wohl gehen, meint ein junger Mann in der Hauptstadt Minsk, eine Aktentasche unter den Arm geklemmt. Wen, sagt Oleg nicht. Nachsatz mit einem zynischen Lächeln: „Es geht doch nur darum, dass jeder einzelne Bürger hier seine Stimme erheben kann.“ Dann hetzt er in sein Büro.

Zweifel daran, wer die Par-

lamentswahl gewinnen wird, gibt es nicht: Die Getreuen von Präsident Alexander Lukaschenko. Nur die Höhe ihres Sieges steht in den Sternen – Wahl-Routine in jenem Land, das in Washington als „letzte Diktatur Europas“ klassifiziert wird. Die EU sah das bis vor Kurzem ähnlich.

In einem der neueren Bürogebäude in der Engelsstraße hat die Vertretung der EU-Kommission in Weißrussland ihren Sitz. Ein Türschild gibt es nicht. In den Räumlichkeiten der Nieder-

lassung sieht man den Urnengang als Schlüsselereignis für die Neuordnung der Beziehungen zwischen der EU und Minsk, so ein hoher EU-Diplomat, der nicht genannt werden will. Zu viel stehe auf dem Spiel. Schließlich ist die EU erst seit sechs Monaten wieder mit einem Büro in Weißrussland vertreten. Und nicht zuletzt gelten nach wie vor EU-Sanktionen gegen Weißrussland.

Ende der Sanktionen? Zuletzt wurde aber diplomatisch geflirtet. Gar von einer Aufhe-

bung der Sanktionen war in Brüssel die Rede. Die Führung in Minsk hatte knapp zuvor, wie von der EU gefordert, drei politische Gefangene freigelassen. Und sie hatte zugesagt, die Wahlen würden transparent und fair verlaufen. Tatsächlich konnten sich auch 70 Kandidaten der Opposition zu dem Urnengang registrieren.

Dennoch gab es schon im Vorfeld Kritik. Vor allem an der Berichterstattung in den staatlich gelenkten Medien des Landes. Alternative Informationsquellen gibt es so

gut wie nicht. Und jüngst wurden auch die Auflagen für ausländische Nicht-Regierungs-Organisationen sowie die Mediengesetze massiv verschärft.

Die Euphorie vieler Menschen, die nach dem Umsturz in der Ukraine auf Ähnliches hofften und dafür demonstrierten, ist längst verfliegen. „Pragmatismus hat den Idealismus abgelöst“, blickt Oleg zurück. Auch er hat den politischen Eifer gegen ein verhältnismäßig gesichertes Leben samt Aktentasche eingetauscht.



Zellen-Kultur: Seit Dienstag ist die Stimmabgabe für die weißrussischen Parlamentswahlen schon möglich – jede/r Dritte macht davon Gebrauch



ÜBERBLICK

Entführte Touristen sollen in Libyen sein

Die vor einer Woche entführten Sahara-Touristen sind nach sudanesischen Angaben nach Libyen gebracht worden. Obwohl die Geiseln aus verschiedenen Ländern stammen, wurde Lösegeld nur von der deutschen Regierung verlangt: Sechs Millionen Euro.

Übergangspräsident in Südafrika bestätigt

Wie erwartet übernahm nach Thabo Mbekis Rücktritt zu Wochenbeginn, ANC-Vizechef Kgalema Motlanthe vorübergehend das Amt des Präsidenten.

Slowenien: Streit um Wahlergebnis

Slowenien steuert nach der Parlamentswahl auf einen Wahlkrimi zu. Die SDS, die eine knappe Niederlage erlitten hat, versucht mit An-

fechtung des Wahlergebnisses den Sozialdemokraten noch den Sieg wegzunehmen. Wegen Unregelmäßigkeiten soll in einzelnen Wahllokalen die Abstimmung wiederholt werden.

Rekordentschädigung für Ureinwohner

Neuseelands Parlament hat den etwa 100.000 Maori-Ureinwohnern eine hohe Entschädigung für Enteignungen zugesprochen. Die sieben Stämme erhalten 176.000 Hektar Waldflächen und Pachtrückzahlungen in Höhe von 240 Mio. Euro.

Feuergefecht zwischen NATO und Pakistan

An der afghanisch-pakistanischen Grenze ist es am Donnerstag zu einem Feuergefecht zwischen Hub-schrauberbesatzungen der NATO-Schutztruppe ISAF und der pakistanischen Armee gekommen.

HINTERGRUND

Ein Jahr nach den Protesten ist in Myanmar fast alles beim Alten

Das Bild eines Mönches, der seine leere, schwarze Reisschüssel umgedreht über seinen Kopf hielt, wurde weltweit zum Symbol des friedlichen Aufstandes in Myanmar (Burma), der vor genau einem Jahr niedergeknüppelt wurde. Ausrichten konnten die Mönche und die Zigttausenden Zivilisten, die ihrem Protest folgten, nichts. Die seit 1962 regierende Militärjunta sitzt in dem heruntergewirtschafteten südostasiatischen Land weiter fest im Sattel.

Allen voran General Than Shwe, der für den Tod von Dutzenden Demonstranten und mehr als 3000 Verhaftungen verantwortlich ist. Auslöser damals: Rapide Preissteigerungen. Sprit wurde über Nacht so teuer, dass sich die Leute nicht einmal mehr eine Moped-Fahrt zum Markt leisten konnten. Heute bleiben die



Hunger trieb vor einem Jahr Mönche und Zivilisten in Myanmar auf die Straße

Töpfe auf Grund der steigenden Kosten für Lebensmittel weiterhin leer. Die Freilassung von 9000 Gefangenen in dieser Woche – unter ihnen auch der Journalist Win Tin – dürfte eher als Beruhigungs-Geste für die Weltöffentlichkeit gedacht sein, als ein Signal an die Menschen in Myanmar. Für 2010 sind Wahlen geplant. An eine freie Entscheidung dabei glaubt aber niemand.

Propaganda Win Tin wurde 1988 wegen „Propaganda gegen die Regierung“ festgenommen. Folter, wie sie laut Insassen in dem Gefängnis, in dem er für 20 Jahre landete, praktiziert wird, konnten ihn nicht verbiegen.

Bevor er seine blaue Häftlingsuniform abgelegt hatte, bekräftigte er: „Ich

Scharfe Kritik am OMV-Deal mit dem Iran

Israel – Nach den jüngsten anti-israelischen Ausfällen von Mahmud Ahmadinejad vor der UN-Generalversammlung hat Dan Ashbel, Israels Botschafter in Österreich, gestern vor dem iranischen Präsidenten und dessen Regime gewarnt. In diesem Zusammenhang übte er massive Kritik am österreichischen OMV-Konzern: Der verhandelt über einen 25-Jahres-Vertrag zur Förderung von Erdgas im Iran (Volumen bis zu 22 Milliarden Euro) und tritt Anfang Oktober als Sponsor einer internationalen Gas-Konferenz in Teheran auf.

Für Ashbel ist das ein völlig falsches Signal an ein gefährliches Regime. Es sei nicht nur moralisch bedenklich, sondern durch die zunehmende Isolation des Landes auch ein unsicheres Investment. Die Regierung könnte als Mitbesitzer auf die OMV einwirken.

Atomwaffen Der jüngste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde schüre die Zweifel an den friedlichen Absichten des iranischen Nuklearprogramms, sagte Ashbel. Teheran werde wohl „bald“ über Atomwaffen verfügen. Auch Meldungen, wonach nordkoreanische Experten dem Iran beim Umbau der Sprengköpfe seiner Shahab-3-Raketen helfen, führte der Botschafter als Beleg an: „Der Iran ist nicht nur eine Bedrohung für Israel, sondern für die gesamte Region und die Welt.“

Neue Sanktionen gegen Teheran, wie sie die fünf UN-Vetomächte und Deutschland diskutieren, seien nötig, sagte Ashbel. Die bisherigen drei Runden würden Wirkung zeigen und die Position von Ahmadinejad vor den Präsidentenwahlen 2009 schwächen. – Stefan Galoppi

ÜBERBLICK

werde weiterhin Politik machen.“

Freiheit für alle politischen Häftlinge forderte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon. Und meinte damit auch Aung San Suu Kyi, die seit 1990 fast ununterbrochen unter Hausarrest steht. Die Friedensnobelpreisträgerin zweifelt offenbar, dass die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft immer ehrlich gemeint ist. So hat die Oppositionsführerin ein Treffen mit dem UN-Gesandten Gambari abgelehnt. Er habe, so ein Sprecher ihrer Partei, der Nationalen Liga für Demokratie, durch ein Gespräch mit Than Shwe nur Zeit verschwendet. Was Aung San Suu Kyi aufstößt: Die Zusage an das Regime, bei den Wahlen zu helfen. Die könnten ohnehin weder frei noch fair verlaufen.

– Romana Klär